



Energie-Control Austria (E-Control)
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

BUNDESARBEITSKAMMER
PRINZ EUGEN STRASSE 20-22
1040 WIEN
T 01 501 65
www.arbeiterkammer.at
DVR 1048384

Ihr Zeichen	Unser Zeichen	Bearbeiter/in	Tel 501 65 Fax 501 65	Datum
-	WP-GSt/Pe/Ni	Dominik Pezenka	DW 2224 DW 2532	06.07.2012

Datenformat- und VerbrauchsinformationsdarstellungsVO 2012 - DAVID-VO 2012

Die Bundesarbeitskammer (BAK) bedankt sich für die Übermittlung des gegenständlichen Verordnungsentwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Mit dem Entwurf der Datenformat- und VerbrauchsinformationsdarstellungsVO 2012 (DAVID-VO 2012) wird gemäß § 84 EIWOG 2010 nunmehr konkretisiert, wie die Datenübermittlung zwischen NetzbetreiberInnen, LieferantInnen und KundInnen sowie die Verbrauchs- und Kosteninformation der KundInnen im Zusammenhang mit der Einführung von intelligenten Messgeräten ("Smart Meter") zu erfolgen hat.

Wirtschaftsminister und Konsumentenschutzminister kündigten im Zuge der Begutachtung der Intelligente Messgeräte-Einführungsverordnung (IME-VO) an, dass eine Novelle des § 84 EIWOG 2010 ("Messdaten von intelligenten Messgeräten") vorgenommen wird, um die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen im Sinne der KonsumentInnen zu konkretisieren. Die BAK erachtet es als äußerst problematisch, dass die E-Control mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf die notwendige Konkretisierung des § 84 EIWOG 2010 durch den österreichischen Nationalrat vorwegnimmt. **Die BAK fordert daher dringend, dass der vorliegende Verordnungsentwurf zurückgenommen wird und nach der Beschlussfassung des § 84 EIWOG 2010 im österreichischen Nationalrat in entsprechend angepasster Form nochmals zur Begutachtung vorgelegt wird.**

Ungeachtet der Forderung nach einer nochmaligen Vorlage des Verordnungsentwurfs, ergreift die BAK bereits jetzt die Möglichkeit, nachfolgend auf die **Regelungsinhalte des gegenständlichen Verordnungsentwurfs im Detail** einzugehen:

Die BAK hat bereits in ihren Stellungnahmen zur IMA-VO (E-Control) und IME-VO (BMWfJ) die **grundsätzlichen Bedenken hinsichtlich der möglichen Kosten und der**

eingeschränkten Tariftransparenz in Folge der Einführung von Smart Meter hingewiesen. Im Zusammenhang mit dem gegenständlichen Verordnungsentwurf fokussiert die Stellungnahme daher auf den Informationsbedarf der KonsumentInnen und den Datenschutz. Dabei müssen die wesentlichen Zielsetzungen, nämlich die **Verbrauchs- und Kosteninformation der Strom-EndverbraucherInnen mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen in Einklang gebracht werden**. Zur Wahrung der Privatsphäre der Betroffenen gilt es, so wenig personenbezogene Daten wie möglich zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen (**Datenvermeidung, Datensparsamkeit und Verhältnismäßigkeit**) sowie die **Datensouveränität** zu wahren. Das heißt aus Sicht der BAK, dass standardmäßig ausschließlich Tageswerte erfasst werden dürfen, es sei denn, die EndverbraucherInnen stimmen einer Erfassung von höher aufgelösten Verbrauchsdaten (15-Minuten-Werten) ausdrücklich zu. Bei Vorliegen einer entsprechenden Vertragsgrundlage zur Erfassung von höher aufgelösten Verbrauchsdaten (beispielsweise tageszeitabhängiger Tarif) muss sichergestellt sein, dass es sich bei der Zustimmung zu einer derartigen Vertragsgrundlage um eine freiwillige Entscheidung der KonsumentInnen handelt, das heißt, es müssen alternative Verträge angeboten werden, die lediglich Tageswerte bei der Verbrauchsermittlung voraussetzen.

Zu § 3, § 5 und § 6:

Im § 3 werden die Anforderungen zur Darstellung der Verbrauchsdaten durch den Netzbetreiber und im § 5 sowie § 6 die Anforderungen zur Darstellung der schriftlichen Verbrauchsinformation durch den Lieferanten festgelegt. HaushaltskundInnen die sowohl NetzkundInnen als auch KundInnen bei einem Energielieferanten sind, haben damit die Möglichkeit, zwei verschiedene Informationsinhalte über ihr Verbrauchsverhalten zu bekommen. Einmal über die Website des Netzbetreibers und einmal über die Verbrauchs- und Stromkosteninformation durch die LieferantInnen. Dabei ist sicherzustellen, dass die **Informationsinhalte für die KundInnen vergleichbar sind**, dh sich auf vergleichbare Zeit-/Verbrauchsstrukturen und eine einheitliche Granulierung der Daten beziehen. Zwei **unterschiedliche Informationsinhalte**, die für die KundInnen aus unterschiedlicher Zeitstrukturierung nicht zusammenspielbar sind, **sind kontraproduktiv, verwirrend und damit jedenfalls zu vermeiden**.

Im Zusammenhang mit **§ 3 Z 4 lit d, lit e und Z 5 sowie mit § 5 und § 6** ist in den Erläuterungen beschrieben, dass die E-Control entsprechende Muster, Beispiele, Benchmarks und Kennzahlen auf ihrer Homepage veröffentlichen wird, die von Netzbetreibern und Lieferanten übernommen werden können. Da es sich dabei um wichtige Informationsmerkmale handelt, **fordert die BAK die Durchführung einer öffentlichen Konsultation zu diesen Mustern, Beispielen, Benchmarks und Kennzahlen durch die E-Control**.

Zu § 3 Z 3:

Im § 3 Z 3 wird darauf verwiesen, dass die Zugriffsrechte (auf die Website) den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu entsprechen haben. Aus Sicht der BAK ist diese Formulierung zu allgemein gehalten und sollte jedenfalls auch auf den Stand der Technik Bezug nehmen. Darüber hinaus stellt sich bei Haushalten das grundsätzliche Problem, wie

die **Privatsphäre weiterer Haushaltsmitglieder** (Kinder, Partner, MitbewohnerInnen etc) sichergestellt wird. Im Falle der Erfassung von höher aufgelösten Verbrauchsdaten (als Tageswerte) muss der/die NetzbetreiberIn im Rahmen der Website-Registrierung jedenfalls darauf hingewiesen werden, dass die **weiteren Haushaltsmitglieder über die Erfassung hochaufgelöster Verbrauchsdaten und damit die Kontrollmöglichkeit ihrer Lebensgewohnheiten zu informieren sind.**

Zu § 3 Z 4 lit a und b:

§ 3 Z 4 lit a und b sehen vor, dass Verbrauchsdaten und Lastkurven zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Begriff "Lastkurve" legt nahe, dass jedenfalls hochaufgelöste Daten erfasst werden. Die BAK fordert daher die Klarstellung, dass es sich dabei standardmäßig nur um einen (täglichen) Leistungswert (in kW) handelt und nicht um eine "Lastkurve".

Zu § 3 Z 4 lit b:

Hier wird festgelegt, dass EndverbraucherInnen auf deren Wunsch alle Verbrauchsdaten und Lastkurven der letzten drei Jahre ab Zeitpunkt der Verfügbarkeit zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Formulierung lässt den Interpretationsspielraum offen, dass die Verbrauchsdaten von der NetzbetreiberIn standardmäßig auf Vorrat für drei Jahre gespeichert werden müssen und auf Wunsch den EndverbraucherInnen übermittelt werden. **Die BAK fordert eine Klarstellung, dass die Speicherung der Verbrauchsdaten für drei Jahre nur auf Kundenwunsch erfolgen darf.**

Zu § 5 und § 6:

§ 5 und § 6 verpflichtet die Stromlieferanten zu einer monatlichen Verbrauchs- und Kosteninformation und legt deren Mindestinhalte fest. Insbesondere die monatliche Kosteninformation stellt einen deutlichen Mehrwert für die KonsumentInnen dar, weil sie auf Basis dieser Information ihre tatsächlichen Kostenbelastungen erkennen können. Im § 6 sind jedoch ausschließlich Mindestinformationen in Bezug auf die Verbrauchsinformation festgelegt – Mindestinhalte hinsichtlich der Kosteninformation fehlen gänzlich. **Die BAK fordert daher, dass hinsichtlich der Kosteninformation folgende Mindestinhalte definiert werden sollten:**

- Einfache und klare Darstellung der **monatlichen Gesamtkosten** (in Euro) sowie der **kumulierten Gesamtkosten** (in Euro) seit der letzten Jahresabrechnung.
- Die Kosteninformation hat **Vergleichswerte des Vormonats und des Vergleichsmonats des Vorjahres** zu beinhalten.

Zu § 7:

§ 7 regelt, dass die Jahresabrechnung bei EndverbraucherInnen, deren Verbrauch nicht mithilfe eines intelligenten Messgerätes gemessen wird, hinsichtlich der Verbrauchsinformation den Anforderungen gemäß § 6 zu entsprechen hat. **die BAK regt an, alle Jahresabrechnungen (auch von Smart-Meter-KundInnen) den Anforderungen des § 6 zu unterwerfen.**

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Novelle des § 84 EIWOG regt die BAK an, dass § 84 Abs 3 EIWOG 2010 dahingehend abgeändert wird, dass die NetzbetreiberInnen

im Rahmen des Rechts auf eine **vierteljährliche Zählerstandsbekanntgabe** dazu verpflichtet werden, diese Zählerdaten den jeweiligen LieferantInnen zu übermitteln. An Stelle des Netzbetreibers sollten in weiterer Folge die LieferantInnen dazu verpflichtet werden, den EndverbraucherInnen innerhalb von zwei Wochen eine zeitnahe Verbrauchs- und Kosteninformation zu übermitteln. § 84 Abs 3 wäre folgendermaßen abzuändern:

*"(3) Endverbrauchern, deren Verbrauch nicht mithilfe eines intelligenten Messgeräts gemessen wird, ist eine detaillierte Verbrauchsinformation mit der Rechnung zu übermitteln. Darüber hinaus hat der Netzbetreiber allen Endverbrauchern die Möglichkeit einzuräumen, einmal vierteljährlich Zählerstände bekannt zu geben. **Der Netzbetreiber ist im Fall der Zählerstandsbekanntgabe verpflichtet, den Zählerstand an den jeweiligen Lieferanten zu übermitteln. Der Lieferant ist in diesem Fall verpflichtet, dem Endverbraucher innerhalb von zwei Wochen nach Übermittlung der Messwerte aufgrund der gemessenen Werte eine zeitnahe Verbrauchs- und Stromkosteninformation kostenlos zu senden. Dem Endverbraucher ist die Wahlmöglichkeit einzuräumen, die Verbrauchsinformation auf Verlangen kostenlos in Papierform zu erhalten.**"*

Dementsprechend wäre in der gegenständlichen Verordnung § 7 dahingehend anzupassen, dass diese vierteljährliche Verbrauchs- und Kosteninformation den Anforderungen des § 6 zu entsprechen hat.

Informationspflicht der NetzbetreiberInnen zu Smart Meter Einbau:

In der Praxis hat sich gezeigt, dass NetzbetreiberInnen die betroffenen EndverbraucherInnen nur unzureichend über den Einbau eines Smart Meters informieren. Die EndverbraucherInnen werden einerseits nur mangelhaft über die datenschutzrechtlichen Konsequenzen aufgeklärt, andererseits unterbleiben somit auch Hinweise auf die Möglichkeiten hinsichtlich Verbrauchs- und Kosteninformation. **Die BAK fordert daher, dass die NetzbetreiberInnen verpflichtet werden, die KonsumentInnen mindestens zwei Wochen im Voraus schriftlich über den Einbau eines Smart Meters zu informieren.** In diesem Informationsschreiben müssen die EndverbraucherInnen umfassend über die Datenschutzbestimmung und über die neuen Möglichkeiten der Verbrauchs- und Kosteninformation aufgeklärt werden. Die E-Control wird von der BAK aufgefordert, eine Musterfassung für ein derartiges Informationsschreiben auszuarbeiten und auf ihrer Homepage zu veröffentlichen.

Rechnungslegung:

Es sollte jedenfalls klargestellt werden, dass die erhobenen Verbrauchswerte seitens des Netzbetreibers keinesfalls bedeuten, dass NetzbetreiberInnen und/oder LieferantInnen - von den bisherigen Abrechnungsgewohnheiten abweichend - auch monatliche Abrechnungen mit Ist-Verbrauchswerten legen. Die bisherigen Abrechnungsmodalitäten, mittels gleichbleibenden monatlichen Teilzahlungsbeträgen und dem Saldenausgleich über eine **Jahresabrechnung, müssen jedenfalls weiter als Standardfall erhalten bleiben**, um starke saisonale Kostenschwankungen zu vermeiden. Im Zuge der bevorstehenden Änderungen des EIWOG 2010 **regt die BAK jedoch an, dass EndverbraucherInnen,**

deren Verbrauch mithilfe eines intelligenten Messgerätes gemessen wird, ein Recht auf monatliche Abrechnung eingeräumt wird (Opt-In).

Berichts- und Monitoringverpflichtung:

Anders als in den Erläuterungen zur gegenständlichen Verordnung beschrieben, ist eine Evaluierung der Verbrauchsinformationsverpflichtung im Wege der Berichts- und Monitoringverpflichtungen gem § 2 IME-VO nicht expressis verbis vorgesehen. **Deshalb fordert die BAK, dass eine Evaluierung der Verbrauchsinformationsverpflichtung der NetzbetreiberInnen und LieferantenInnen durch die E-Control in der gegenständlichen Verordnung zwingend festgeschrieben wird.**

Abschließend möchte die BAK nochmals darauf hinweisen, dass der Erlass des gegenständlichen Verordnungsentwurfs vor Neufassung des § 84 EIWOG 2010 durch den österreichischen Nationalrat abgelehnt wird und diese Stellungnahme als Grundlage für den weiten Diskussionsprozess anzusehen ist.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Tumpel
Präsident
F.d.R.d.A.

Werner Muhm
Direktor
F.d.R.d.A.